



Stadt Boizenburg/Elbe

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Boizenburg/Elbe

Sitzungstermin: **Mittwoch, den 26.01.2011**
Sitzungsbeginn: **19:00 Uhr**
Sitzungsende: **20:20 Uhr**
Ort, Raum: **Regionalen Schule Rudolf Tarnow, Pausenhalle**

Sitzungsnummer: **ST/001/2011**

Anwesend sind:

SPD

Frau Christiane Claußen
Frau Heidrun Dräger
Herr Heinz Gohsmann
Herr Hans-Georg Hartmann
Herr Rolf Kickbusch
Herr Karl-Heinz Kruse
Frau Maike Pohlmann

CDU

Herr Dirk Bönning
Herr Lutz Heinrich
Herr Rainer Knaak
Herr Christian Meyer
Frau Gisela Steinort
Herr Sven Thiel

DIE LINKE

Herr Paul Böhm
Frau Gudrun Dyrba
Herr Werner Dyrba
Herr Gregor Kutzner
Frau Marlies Reimann

BfB

Frau Angela Hartmann
Herr Heino Kühl
Herr Rainer Wilmer

FDP

Herr Peter Helle

NPD

Herr Maik Kohlke

Bürgermeister

Herr Harald Jäschke

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Vera Franck

Frau Sandy Mandlik

Herr Wolf-Eckhard Schröder

Entschuldigt fehlen:

CDU

Herr Udo Behnke

BfB

Herr Peter Scholz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 16.12.2010
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 16.12.2010
- 5 Bericht des Bürgermeisters
- 6 Information der Bürgervorsteherin
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung
- 9 Haushaltssatzung 2011
Vorlage: 155/10/10
- 10 Wirtschaftsplan 2011 der Boize - Kino GmbH
hier: Bindung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung
Vorlage: 004/11/BM

Nicht öffentlicher Teil

- 11 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 12 Vergabe landwirtschaftlicher Flächen
Vorlage: 157/10/30
- 13 Stundung/Ratenzahlung eines Anschlussbeitrages (Kanal) und eines Straßenausbaubeitrag
Vorlage: 159/10/30

- 14 Förderung der Vollmodernisierung Klingbergstr.15
Vorlage: 002/11/30
- 15 Sanierung Stadthaus Kirchplatz 1
hier: Vergabe von Bauleistungen
Vorlage: 005/11/30
- 16 Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Bürgervorsteherin eröffnet die Stadtvertretersitzung um 19.00 Uhr.
Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Zu Sitzungsbeginn sind 22 Stadtvertreter anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt

zu 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 16.12.2010

Die Bürgervorsteherin gibt die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil in der Stadtvertretersitzung am 16.12. 2010 bekannt.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Pohlmann teilt mit, dass der Finanzausschuss empfohlen hat, die Vorlage: 157/10/30, TOP 12: Vergabe landwirtschaftlicher Flächen, zu vertagen.

Abstimmung zur Vertagung: 22:0:0

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

22:0:0

Die Tagesordnung ist genehmigt.

zu 4 Genehmigung der Niederschrift vom 16.12.2010

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 22:0:0

Die Niederschrift vom 16.12.2010 ist genehmigt.

zu 5 Bericht des Bürgermeisters

Der Bericht des Bürgermeisters liegt der Niederschrift als Anlage bei.

zu 6 Information der Bürgervorsteherin

Die Bürgervorsteherin informiert darüber, dass sie zusammen mit Vertretern aus den einzelnen Fraktionen an unterschiedlichen Veranstaltungen teilgenommen hat und hier immer die Grüße der gesamten Stadtvertretung überbracht hat, so geschehen beispielsweise im Rahmen einer Veranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des Ortsvereins des DRK und auf dem Neujahrsempfang der Stadt Hagenow. In ihrer Bürgersprechstunde wurden in der Hauptsache Verkehrsprobleme in der Stadt und die Verkehrsanbindung des ÖPNV in Richtung Hamburg.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Bürgern werden keine Anfragen vorgebracht.

zu 8 Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung

Herr Bönning nimmt Bezug auf die Hochwassersituation und führt aus, dass im Hafen Sandsäcke verbaut worden sind anstelle von Bohlen. Er fragt, wer für diese Mauer zuständig ist; die Stadt oder das StALU.

Der Bürgermeister antwortet, dass für den Bau das StALU zuständig ist. Das Amt hat auch die Einsätze mitfinanziert, bei denen die „Balkone“ gebaut worden sind. Er hat Vertretern des StALU allerdings in einem Gespräch bereits mitgeteilt, dass es wesentlich effektiver wäre, wenn entsprechende Bohlen vorgehalten würden, da diese 3-4 Lagen Sandsäcke ersetzen.

Herr Gohsmann ist angesprochen worden, ob es möglich ist, im Zuge des Neubaus von Straßen in den vergangenen Jahren und den damit verbundenen neuen

Haltestellen für Busse an den entsprechenden Stellen Buswartehallen aufzustellen. Viele der bisher aufgestellten gläsernen Wartehallen sind vor Jahren mal von einer Firma zur Verfügung gestellt worden, weil sie die Werbeflächen in den Hallen für sich nutzen konnte. Die Stadt hat damals nur für die Montage und die Fundamente gesorgt.

Er fragt, ob es möglich ist, von Seiten der Verwaltung Gespräche mit solchen Firmen wieder aufzunehmen, die der Stadt Buswartehäuschen kostenlos oder zu einem geringen Obolus zur Verfügung stellen würden, unter dem Aspekt der Nutzung der Werbeflächen.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung zu, allerdings führt er zur Schwartower Straße aus, dass aufgrund der Proteste der Anwohner nach Fertigstellung der Straße auf eine Buswartehalle verzichtet worden ist. Die Befürchtung der Anwohner bestand darin, dass sich in den Wartehallen Jugendliche zusammenrotten würden und Unruhe und Lärm (Radau) verursachen würden.

Frau Hartmann führt aus, dass ein Schüler der Schule „An den Eichen“ eine Scheibe eingeworfen hat mit einem Stein. Nach Rücksprache mit dem Vater dieses Schülers wollte dieser die Angelegenheit mit seiner Versicherung klären. Eine entsprechende Mitteilung an die Stadt hat sie am 22.11.2010 vorgenommen. Die Scheibe ist dann innerhalb einer Woche ersetzt worden. Jetzt hat der Vater sie angesprochen und gefragt, was denn mit der Scheibe sei, weil er die Angelegenheit gern mit seiner Versicherung abschließen würde.

Frau Hartmann möchte wissen, wer bei der Verwaltung für Versicherungsfragen zuständig ist.

Der Bürgermeister antwortet dass der Fachbereich Steuerung und Service hierfür zuständig ist. Frau Altmann wird sich um Klärung der Angelegenheit kümmern.

Herr Knaak war auf der gestrigen Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Boizenburg-Land zugegen, in der es in einem Punkt auch um den Veranstaltungskalender der Stadt Boizenburg/Elbe ging. Im Jahr 2007/2008 war ein gemeinsamer Veranstaltungskalender im Gespräch zwischen Stadt und Amt. Dies ist gestern im Haushalt nicht mehr eingestellt worden, wohl aufgrund einer mangelnden Zusammenarbeit. Er hätte gern eine Stellungnahme der Verwaltung zu ihrer Sicht in der Angelegenheit. Außerdem möchte er gern wissen, wie weit die Gespräche bzgl. einer Zusammenarbeit in Sachen Wohngeld sind.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung bzgl. des Veranstaltungskalenders zu. Die Gespräche zum Wohngeld sind ein Stückweit abgebrochen worden, weil man sich schon zum Standort nicht hat einigen können. Das Amt besteht darauf, die Wohngeldstelle in ihrem Amtsgebäude in der Fritz-Reuter-Straße einzurichten. Nach seiner Ansicht entspricht das nicht der Richtung, die die Stadt bislang eingeschlagen hat. Sein Vorschlag vor ca. 2 Monaten, die Wohngeldstelle im Dienstgebäude der Stadt (Bürgerbüro) unterzubringen, hat bisher abgesehen von einem Achselzucken, nichts ergeben.

Herr Kühl spricht die Ausgabe des „Elbe-Express“ vom 19.01.2011 an. Hier gab es eine Bekanntmachung zum 3. Öffentlichen Beteiligungsverfahren zu ausgewählten Inhalten des Entwurfes der Regionalen Raumentwicklung. Er möchte wissen, ob es von Seiten der Verwaltung Bestrebungen gibt, in der Sache noch einmal vorstellig zu werden bzgl. der Einstufung von Boizenburg/Elbe als Mittelzentrum. Die Auslegung beginnt am 24.01.2011 und endet am 21.02.2011.

Der Bürgermeister verweist auf die vielfachen Stellungnahmen der Stadt, in denen immer darauf hingewiesen worden ist, dass Boizenburg als Mittelzentrum einzustufen ist. Nach der mittlerweile 2. oder 3. Überarbeitung ist die Stadt wieder nicht als Mittelzentrum eingestuft worden. Er weist noch darauf hin, dass die Stadt ja 2 Mitglieder im Regionalen Planungsverband hat, Herrn Gohsmann und Frau Dyrba.

Herr Gohsmann führt an, dass das 2. Beteiligungsverfahren in der Verbandsversammlung in Wismar beschlossen worden ist. Es sind aufgrund von Anregungen bzw. Einwänden bestimmte Sachen herausgenommen worden, die in ein 3. Beteiligungsverfahren gehen sollen, wie der Windenergiepark Groß Krams/Redefin. Boizenburg als Mittelzentrum ist nicht realisierbar, weil die gesetzliche Grundlage hierfür nicht gegeben ist. Die Landesplanung gibt derzeit nicht her, dass der Planungsverband für den Landkreis Ludwigslust Boizenburg als Mittelzentrum einstufen kann.

Herr Dyrba fügt ergänzend hinzu, dass die Forderung des Landkreises zur Einstufung Boizenburgs nach wie vor steht. Der Ist-Zustand ist allerdings, dass die Landesplanung das momentan nicht hergibt, weil der Regionale Planungsverband nicht mehr Herr des Verfahrens ist. Dieser macht zwar die Planung, aber wer und nach welchen Kriterien Mittelzentrum wird, bestimmt die Landesregierung. Die Stadt Boizenburg/Elbe erfüllt nicht die Kriterien, die für eine Einstufung als Mittelzentrum erforderlich sind. Vorgabe ist aber auch nach wie vor, dass Boizenburg zu einem Mittelzentrum zu entwickeln ist. Darin sieht er anderen, ähnlichen Gemeinden gegenüber allerdings schon einen Vorteil. Die Stadt muss an den Kennziffern arbeiten, um bessere Aussichten in Bezug auf ihre Einstufung als Mittelzentrum zu haben.

zu 9 Haushaltssatzung 2011 Vorlage: 155/10/10

Der Bürgermeister führt aus, dass die Verwaltung heute einen Haushaltsentwurf 2011 vorlegt, der mehrfach in allen Fachausschüssen beraten worden ist. Diverse Änderungsvorschläge sind nach und nach eingearbeitet worden. Der Haushalt ist in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen und hat ein Volumen von 17,7 Mio €. Er bittet um Diskussion über den Haushaltsentwurf.

Herr Gohsmann bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion der SPD froh darüber ist, dass im Vermögenshaushalt durch zusätzliche Einnahmen die Restarbeiten in der Tarnowstraße gemacht werden können und in 2011 die Maßnahme endlich abgerechnet werden kann.

Zum Wohnmobilstellplatz führt er aus, dass in 2 Fachausschüssen beantragt worden ist, 5,0 T€ für den Wohnmobilstellplatz einzustellen, was nach Zustimmung durch den Finanzausschuss auch erfolgt ist.

Die SPD-Fraktion möchte, dass der zuständige Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Ordnung, Umwelt und Sicherheit in seinen nächsten Sitzungen noch ein-

mal darüber diskutiert, - wie, was, wo - mit dem Stellplatz passieren soll auf dem Hafengelände (Parkplatz). Unter dem Gesichtspunkt, dass hier evt. das Medizinische Versorgungszentrum gebaut werden soll, sollte der Ausschuss genaue Festlegungen treffen.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt für 2011 ihre Zustimmung erteilen.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres für 2010 zeigt, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden mussten, dass es kaum zu Einsparungen im freiwilligen Bereich gekommen ist und die Pflichtaufgaben wurden ebenfalls erfüllt. Die Höhe der Allgemeinen Rücklage betrug 413 T€, so Herr Heinrich.

Er konstatiert, dass der Haushalt für 2011 ausgeglichen ist. Vom Land kommt mehr Geld, das zu Mehreinnahmen führt und der Kreis verzichtet für 2011 auf eine Erhöhung der Kreisumlage (so gewollt durch die Mitglieder des Kreistages). Der Schuldenstand von 2010 in Höhe von 9,2 Mio € soll im Jahr 2011 auf 7,2 Mio € reduziert werden.

Der Umfang der freiwilligen Leistungen der Stadt wie Feuerwehr, Kino, Museum, Bibliothek, Freibad usw. in Höhe von 930 T€ bleibt ungekürzt erhalten.

Als Haupteinnahmen für das Jahr 2011 nennt Herr Heinrich die Steuern mit ca. 4,0 Mio €, die Schlüsselzuweisungen werden ca. 2,3 Mio € enthalten und die Anliegerbeiträge für Kanal- und Straßenbau umfassen rd. 1,1 Mio €. Hinzu kommen ca. 1,7 Mio € an Fördermitteln für das Klärwerk.

Die Hauptausgaben betreffen die Personalkosten in Höhe von ca. 3,7 Mio €, die Kreisumlage in Höhe von ca. 1,7 Mio € und für die Tilgung ihrer Kredite muss die Stadt 2,28 Mio € aufwenden. Die Städtebauförderung umfasst 669 T€ und investive Maßnahmen werden im Rahmen von 1,8 Mio € umgesetzt.

Zu bedenken gibt Herr Heinrich, dass 427,5 T€ als Überschuss vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt geführt werden, allerdings 1.026 Mio € vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt.

Wären mehr finanzielle Mittel verfügbar, könnten die Renovierung der beiden Grundschulen, der Ausbau weiterer Straßen und der Aufbau des Verwaltungszentrums erfolgen. Dies bleibt aber leider ein Traum. Dennoch kann die Stadt stolz darauf sein, dass das Jahr 2011 finanziell noch so gut ausgestattet ist und dass es gelungen ist, in enger Zusammenarbeit von Verwaltung, hier insbesondere der Bereich der Kämmerei, und den Fachausschüssen, auch diese Haushaltssatzung ausgeglichen zu gestalten.

Man ist stolz auf diese Stadt und die vielen Ehrenamtlichen, denen die Fraktion der CDU auf diesem Wege danke sagen möchte.

Die Fraktion wird der Haushaltssatzung für 2011 zustimmen.

Herr Wilmer beginnt seine Ausführungen mit einem kurzen historischen Rückblick. Die Stadt ist mit dem diesjährigen Haushalt am Ende einer Entwicklung, die seit 300 Jahren praktiziert wird, die Kameralistik. Heute wird der letzte kameralis-

tische Haushalt verabschiedet, bevor der doppelte Haushalt eingeführt wird. Vom doppelten Haushalt, der vom Gesetzgeber vorgegeben ist, ist Herr Wilmer noch nicht so ganz überzeugt, wenn man die Vorgeschichte betrachtet. Diese beschäftigt die Stadt finanziell bereits seit 2009 und es wurde ein hoher fünfstelliger Betrag ausgegeben. Zusätzlich ist vorbereitend ein sehr hoher Zeitaufwand von Seiten der Verwaltung erforderlich.

Fest steht, dass die Gemeinden aus vielerlei Gründen auch weiter unterfinanziert bleiben, insofern bringt die Doppik nicht einen Cent mehr in die Kasse. Von Vorteil ist möglicherweise, dass besser als bisher aufgezeigt wird, welche Produkte welche Kosten verursachen, wobei dies durchaus auch mit dem kameralistischen System machbar ist.

Die Fraktion hat anhand nachfolgender Pro/Kopf-Berechnungen, bezogen auf 10,0 T EWO, interessante Zahlen zu Kosten erhalten, die nach ihrer Auffassung griffiger sind.

Kosten pro/ Kopf

Feuerwehr	21,17 €	
Kino	4,21 €	Zuzahlung der Stadt bei aktueller Besucherzahl
		von 2,50 €/Kinokarte
Kindereinrichtungen komm. Anteil	ca. 68,00 €	
städt. Bauhof	ca. 77,00 €	ohne Investitionen

Für die hohen Kosten des Bauhofes gibt es Gründe, die man sich ansehen muss. Interessant ist auch, was die Stadt die Nutzer der städtischen Einrichtungen kosten. Im Durchschnitt werden pro Schüler 624,- € durch die Stadt bezahlt und jeder Bibliotheksbesuch kostet 22,50 €.

Über diese Zahlen wird man zwangsläufig nachdenken müssen, wenn die einzelnen Produkte präsentiert werden und es wird darüber zu beschließen sein, ob eine 100%-ige Finanzierung gewollt wird, oder eine 100%-ige Finanzierung minus X.

An den Bürgermeister richtet er im Namen der Fraktion BfB eine dringende Bitte bzgl. der Gebührensatzungen. Es gibt Satzungen, die sind bis zu 8 Jahre alt. Es ist hier schon mal festgelegt worden, den größten Gebührenblock, die Abwassergebühren, alle 3 Jahre zu überprüfen. Die Fraktion möchte für die Zukunft sichergestellt wissen, dass alle Gebührensatzungen regelmäßig im Abstand von 3 Jahren einer neuen Kalkulation unterworfen werden, Ob die entsprechende Kalkulation dann tatsächlich auch angewendet wird, ist dann die Entscheidung der Stadtvertretung.

Die Fraktion hat sich dazu entschlossen, der Haushaltssatzung für 2011, so wie sie jetzt vorliegt, zuzustimmen.

Frau Reimann erklärt zu Beginn Ihrer Ausführungen, dass die Fraktion DIE LINKE dem vorliegenden Haushalt für 2011 zustimmen wird, obwohl es noch einige Punkte gibt, die sie gern in diese Haushaltssatzung aufgenommen hätte, wie z.B. die Aufstellung eines B-Planes für den Bereich der Quöbbe. Sie vertritt die Auffassung, dass dies ein Punkt ist, der erledigt werden muss, weil im Zuge der Fertigstellung der Stiftstraße der Autoverkehr hier noch stärker zunehmen wird.

Zur Senkung der Kreisumlage, die etwa die Summe von 60,0 T€ im Haushalt ausmachen, merkt sie an, dass es sicher erfreulich ist, wenn dieses Geld kommt, aber es ist noch nicht hierüber beschlossen worden. Insofern schlägt sie vor, dass über alle Haushaltsstellen, in die dieses Geld einfließt, ein Sperrvermerk vorgenommen wird, bis ein entsprechender Beschluss im Kreistag gefasst worden ist. Ferner wird durch die Fraktion vorgeschlagen, einen Sperrvermerk über 200 T€ der Allgemeinen Rücklage zu legen, bis klar ist, wie hoch der Gewinn der Stadtwerke tatsächlich sein wird. Sie gründet dies auf die Aussage, dass von den Stadtwerken ca. 200 T€ weniger an Konzessionsabgabe an die Stadt gezahlt werden kann.

Herr Gohsmann verweist hierzu auf eine Absprache im Hauptausschuss, nach der im Haushalt erst mal keine Veränderung diesbezüglich vorgenommen werden soll. Sollte es notwendig werden, eine Korrektur vorzunehmen, besteht immer noch die Möglichkeit, eine Regelung über den Nachtragshaushalt zu treffen.

Zum Sperrvermerk über Mittel aus der Rücklage äußert der Bürgermeister rechtliche Bedenken. bei einem Sperrvermerk handelt es sich um einen Bewirtschaftungsvermerk. Die Rücklage ergibt sich ja praktisch aus der Bewirtschaftung des Vorjahres. Letztendlich handelt es sich hier um eine Einnahmeposition und er hält es für schwierig, hier einen Sperrvermerk zu veranlassen.

Herr Dyrba führt an, dass es sicher richtig ist, dass hier nicht die Einnahmeseite beschlossen werden kann. Allerdings sind im Haushalt Positionen enthalten, die in der Ausgabe bereits voll verplant sind, weil die zusätzlichen 60,0T€ aus der Kreisumlage bereits komplett in den Haushalt eingearbeitet worden sind. Hier wird schon Geld verteilt, das man noch gar nicht sicher hat. Für ihn stellt sich die Frage, was auf der Ausgabenseite passiert, wenn das Geld nicht kommt.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass nach dem kameralistischen System alle Einnahmen alle Ausgaben decken sollen. Insofern kann man das nicht an diesen 60,0 T€ festmachen.

Herr Wilmer ergänzt, dass, wenn man das „theoretische“ Risiko der Kreisumlage von 60,0 T€ betrachtet und die Summe, die mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger von den Versorgungsbetrieben kommen werden (insgesamt ca. 260 T€), dann besteht heute diesem Betrag gegenüber immer noch eine Überdeckung im Haushalt durch den Rücklagenbestand. Insofern sieht er keinen Grund, den Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu folgen.

Frau Reimann zieht daraufhin den Antrag der Fraktion zurück, da gewährleistet ist, dass das Geld aus der Rücklage kommt.

Die Bürgervorsteherin dankt im Namen aller Stadtvertreter dem Team um Frau Franck, das trotz ihrer langen Krankheit eine sehr gute Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes für 2011 abgeliefert hat.

Beschluss: 155/10/10

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt die Haushaltssatzung 2011.

Abstimmungsergebnis: 23:0:0

zu 10 **Wirtschaftsplan 2011 der Boize - Kino GmbH hier: Bindung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung
Vorlage: 004/11/BM**

Beschluss: 004/11/BM

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe nimmt den als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2011 der Boize-Kino GmbH zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 23:0:0

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.22

Marlis Borries-Dettmann
Protokollführer/in

Heidrun Dräger
Ausschussvorsitzende/r